

An die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadt Bensheim
Kirchbergstraße 18
64625 Bensheim

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Heimann,
wir bitten Sie nachfolgenden **Antrag** auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am
22.03.2012 zu nehmen.

Grundsatzentscheidung zum Bürgerhaus Bensheim

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Bürgerhaus

- 1.1. Der Magistrat wird beauftragt, auf Basis des „teilräumlichen Handlungskonzeptes westliche Innenstadt“ planerische Lösungen für ein „**Gesamtkonzept Beauer Platz**“ zu erarbeiten und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.
- 1.2. Schwerpunkt dieses Gesamtkonzeptes und wichtigster Baustein ist der **Neubau eines Bürgerhauses** auf dem Gelände zwischen Parktheater und Rodensteinstraße Ecke Promenadenstraße. Hierbei ist insbesondere für die anspruchsvolle Eckbebauung eine adäquate städtebauliche Lösung zu entwickeln. In einem geeigneten **Wettbewerbsverfahren** sind für die städtischen Gremien Vorschläge zu erarbeiten und vorzustellen.
- 1.3. Die Gestaltung des Beauer Platzes selbst, der Bereich Promenadenstraße und die **Nachnutzung des Altstandortes** in Verbindung mit dem Dalberger Hof (siehe auch Punkt 2.2.) sind als weitere Bausteine in Form von städtebaulichen Ideenskizzen zu darzustellen.
- 1.4. Der **Gestaltungsbeirat** ist hierzu einzubinden.
- 1.5. Die **Kosten** für den Neubau Bürgerhaus sollen höchstens acht Mio. Euro betragen. Hierbei ist der Neubau als "Solitär" zu betrachten. Eine mögliche Anbindung an das Parktheater ist in dem oben genannten Kostenrahmen nicht vorgesehen und soll als Modul dargestellt und kostenmäßig getrennt aufgeführt werden. Zu ermitteln sind die „Lebenszykluskosten“ des Gebäudes, einschließlich der Betriebskosten und hinsichtlich des jährlichen Verlustausgleichs. Diese sind der Berechnung für die alternative Sanierung/Modernisierung gegenüber zu stellen und in der Projektvorlage für den Neubau eines Bürgerhauses darzustellen.
- 1.6. Mögliche **Förderungen** für das oben genannte Bauvorhaben sind zu prüfen, darzustellen und zu beantragen. Es wird eine hinreichende Förderquote erwartet.
- 1.7. Das zukünftige Bürgerhaus soll wieder ein "**Haus der Bürger**" werden. Hierzu ist ein entsprechendes Nutzungs- und Betriebskonzept zu erarbeiten und vorzulegen.

CDU Fraktion

GLB Fraktion

- 1.8. Mit der Umsetzung des Projektes "Neubau Bürgerhaus" soll die städtische Tochtergesellschaft **MEGB** beauftragt werden.
- 1.9. Das Projekt soll gekennzeichnet sein durch,
 - a. in der **Kapazität** gleichen **Saal** wie im derzeitigen Bürgerhaus.
 - b. ein **bedarfsorientiertes** Raumprogramm.
 - c. höchstmögliche **Energieeffizienz**, - Passivhausausführung, wenn wirtschaftlich darstellbar.
 - d. eine **barrierefreie** und **behindertengerechte** Umsetzung.
 - e. **Synergien** einer möglichen Anbindung des neuen Bürgerhauses an das bestehende **Parktheater**.
- 1.10. Eine mögliche **Anbindung** an die vorhandene **Tiefgarage** ist zu prüfen und kostenmäßig darzustellen.
- 1.11. Die Erstellung und Ausführung des neuen Bürgerhauses als "**Energie PLUS Haus**" ist ebenfalls zu prüfen und kostenmäßig darzustellen.

2. Dalberger Hof und jetziges Grundstück Bürgerhaus

- 2.1. Der Magistrat wird beauftragt, für den **Dalberger Hof** eine **Nutzungs- und Markterkundungsanalyse** durchzuführen. Ziel ist, den Dalberger Hof zu reaktivieren und als einen Baustein für die Wiederbelebung des Quartieres anzusehen.
- 2.2. Der Magistrat wird ebenfalls beauftragt, für das **Grundstück** des **jetzigen Bürgerhauses** eine **Nutzungs- und Markterkundungsanalyse** durchzuführen. Ziel ist, eine städtebaulich geeignete Bebauungsmöglichkeit und Nutzung zu erarbeiten, die mit der künftigen Nutzung des Dalberger Hofes in Einklang zu bringen ist und für die entsprechende Interessenten zu ermitteln sind.
- 2.3. Die o.g. **Ergebnisse** der Analysen sind den städtischen Gremien zeitnah vorzulegen.

3. Bürger-/Nutzerbeteiligung

- 3.1. Die **Nutzer** und sachkundige **Bürger** sind an den Planungen zu **beteiligen**. Der Prozess der Bürgerbeteiligung wird fortgesetzt, insbesondere soll vor der abschließenden Beschlussfassung die **Planungen öffentlich vorgestellt** werden. In den städtischen **Gremien** wird regelmäßig über den Sachstand **berichtet**.

Begründung:

(erfolgt mündlich)



CDU Fraktion



GLB Fraktion